

Jochmann, Hans

Article — Digitized Version

Brasilia: Nachklänge in Moll zu einem festlichen Umzug

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jochmann, Hans (1960) : Brasilia: Nachklänge in Moll zu einem festlichen Umzug, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 6, pp. 327-329

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132979>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Brasilia

(Nachklänge in Moll zu einem festlichen Umzug)

Dr. Hans Jochmann, São Paulo, z. Z. Augsburg

Am 21. April 1960 ist die Hauptstadt Brasiliens von Rio de Janeiro nach Brasilia verlegt worden. Damit hat Präsident Juscelino Kubitschek einen Punkt seines Regierungsprogramms, der ihm ganz besonders am Herzen lag, gegen zahlreiche technische, organisatorische und politische Widerstände kurz vor Ablauf seiner Amtsperiode verwirklicht. Im Oktober dieses Jahres sollen die Neuwahlen zum Bundespräsidenten stattfinden.

Die Opposition ist gegen die Verlegung Sturm gelaufen, und zwar bis in die allerletzte Zeit. Und doch konnte sich die Regierung darauf berufen, daß sie mit ihrer Maßnahme einen alten politischen Traum des brasilianischen Volkes erfüllt. Der Tag der Verlegung, der 21. April, ist dem Andenken des Märtyrers der brasilianischen Unabhängigkeit, Tiradentes, geweiht. Schon er hatte Ende des 18. Jahrhunderts vorgeschlagen, die Hauptstadt ins Innere zu verlegen. Seitdem ist der Vorschlag immer wieder aufgegriffen worden, auch von namhaften Politikern, und fand immer mehr Anhänger. Lange Zeit vor dem Regierungsantritt Kubitscheks hat eine amtliche Kommission erster Fachleute eingehende Studien unternommen, um den günstigsten Platz für die neue Hauptstadt zu ermitteln. Daß es um die Arbeiten dieser Kommission verhältnismäßig still geblieben ist, hängt damit zusammen, daß man der Bodenspekulation nicht Vorschub leisten wollte.

BEGRÜNDUNG

Für die Verlegung sind viele Gründe angeführt worden. Anfangs war etwas politische Romantik im Spiel: Rio sei der alten Welt zugekehrt; diese Lage stehe in klarem Gegensatz zu der Pionierfunktion der Landeshauptstadt. Ernster zu nehmen war der Hinweis, daß Rio de Janeiro sehr verschieden weit entfernt von den einzelnen Landesteilen liegt: nahe dem fortgeschrittenen Süden, aber sehr weit entfernt vom Norden, Nordosten und Zentrum. So wenig Durchschlagskraft dieses Argument im Zeitalter des Luftverkehrs hat, zeigt doch die nachstehende Übersicht, daß die Wahl des neuen Regierungssitzes ihm Rechnung getragen hat. Die Luftlinienentfernungen zwischen der alten bzw. der neuen Hauptstadt und einigen wichtigen Plätzen des Inlandes betragen (in km):

Entfernung von Rio nach:		Entfernung von Brasilia nach:	
Belém	2 500	Belém	1 550
Pôrto Alegre	1 200	Pôrto Alegre	1 650
Cuiabá	1 650	Cuiabá	925
São Paulo	350	São Paulo	920
		Rio de Janeiro	970

Die Verlegung des Regierungssitzes von Rio de Janeiro empfahl sich weiterhin wegen des dumpf-schwülen Klimas der Stadt, das namentlich während der Sommermonate (Dezember bis März) oft so drückend wird, daß die Bundespräsidenten während dieser Zeit nach dem hochgelegenen Petrópolis (eine Autostunde von Rio) umzogen und dort ihre Amtsgeschäfte wahrnahmen. Sie führten damit eine Tradition fort, die auf den letzten Kaiser zurückgeht.

Vom hohen Militär, das eine sehr wichtige Rolle im politischen Leben Brasiliens spielt, wurde oft darauf hingewiesen, daß die Hauptstadt eine strategisch unglückliche, im Kriegsfall gefährlich exponierte Lage habe. Die Dinge würden noch dadurch verschlimmert, daß wichtige Regierungsgebäude dicht beieinander stehen: Finanz-, Arbeits- und Unterrichtsministerium bilden praktisch einen großen Block; das Kriegsministerium liegt direkt neben dem Hauptbahnhof; das Marineministerium ganz nahe dem Hafen. Noch aus den Zeiten Hiroshimas stammt die Warnung, daß also zwei oder drei gut gezielte Bomben genügen, um die Bundesregierung in Rio de Janeiro lahmzulegen. In den letzten Jahren gesellte sich zu diesen patriotischen Argumenten noch ein anderes, das für die breite Masse recht handgreifliche Überzeugungskraft besaß: die zunehmende Überfüllung der nun alten Hauptstadt.

Entwicklung der Einwohnerzahl von Rio de Janeiro (in 1000)

Jahr	Einwohner	Periode	Mittl. Bevölkerungszuwachs pro Jahr
1900	692	1900—1920	23,3
1920	1 158	1920—1940	30,8
1940	1 764	1940—1950	61,3
1950	2 377	1950—1960	85,3
1960	3 220		

Die Schwierigkeiten, ein derartiges Wachstum zu verkraften, sind im Falle Rios wegen der geographischen Gegebenheiten besonders groß. Die gleichen Voraussetzungen, auf denen die mit Recht gerühmte Schönheit Rios beruht, verhindern auch eine normale Ausdehnung der Stadt. Das Zusammenklingen von Ozean, Strand, Bergen und Wäldern ergibt das einzigartige Panorama, das jeden Touristen entzückt. Aber das Meer und die Guanabara-Bucht unterbinden das Wachstum nach Osten und Süden. Auf der anderen Seite bilden die zahllosen Hügel und Berge einen nicht abzuschüttelnden Hemmschuh, wenn sie auch ermöglicht haben, daß eine nach Hunderttausenden zählende Elendsbevölkerung menschenunwürdige Be-

hausungen in der Stadt gefunden hat. So herrscht in der alten Hauptstadt eine wahrhaft qualvolle Enge, die die Hauptschuld an den scheußlichen Wolkenkratzen von Copacabana trägt. Straßen, die erst vor zehn oder zwanzig Jahren angelegt wurden und damals breit waren, sind heute zu eng und leiden in den Verkehrsstunden an chronischer, nervenaufreibender Verstopfung.

Die Verlegung der Regierung sowie zahlreicher Spitzenbehörden, der Umzug eines großen Teils der Bundesbeamten und die sicherlich folgende Umsiedlung wirtschaftlicher Zentralstellen mit ihrem Personal mögen die Situation Rio de Janeiros mildern. Sehr wohl möglich erscheint auch, daß die Stadt für viele Unternehmen mit dem Fortzug der Bundesregierung ihre Anziehungskraft verliert, so daß manche Neugründungen, noch mehr als schon bisher, São Paulo und den sonstigen Süden bevorzugen, ja daß manche, heute in Rio ansässigen Betriebe umziehen, und zwar ebenfalls nach dem Süden.

In ihrer räumlichen Bedrängtheit sehen die Einwohner Rios dem Fortzug der Bundesregierung mit einem lachenden und einem weinenden Auge zu. Die weinenden finden sich übrigens nicht nur unter den Zurückbleibenden und Lokalpatrioten, sondern auch unter den Abziehenden. Die Kritik, die von diesen Seiten vorgebracht wird, braucht man nicht übermäßig ernst zu nehmen, obschon sie bei der Masse der Betroffenen und dem Einfluß vieler von ihnen politisch nicht belanglos ist. Objektiv sind andere Einwände bedeutungsvoller.

MANGELHAFTE VORBEREITUNG

Der Umzug wird reichlich teuer, wenngleich die Behauptung, er trage die Hauptschuld an der Verschlimmerung der Inflation, allein wegen der Größenverhältnisse sicher weit über das Ziel hinausschießt. Ein derartiges Unternehmen ist niemals eine Bagatelle, und es wäre absurd, seine Kosten mit kleinem Maßstab zu messen. Aber ehe man viele Tausende von Familien, ohne Not und ohne ihre Zustimmung, zwangsweise umsiedelt, wäre es nötig und klug, ja selbstverständlich gewesen, für diese Massenumsiedlung vorzusorgen: die Erzeugung der wesentlichsten Nahrungsmittel in der Nähe sicherzustellen und das Baugewerbe sowie die wichtigste Baustoffindustrie an dem neuen Platz anzusiedeln! Solche Versäumnisse werden durch die radikalsten städtebaulichen und genialsten architektonischen Neuschöpfungen nicht

wettgemacht. Es sind aber Reis und Bohnen, Zement und Fensterrahmen nach Brasilia geflogen worden. So erklärt es sich, daß vor drei Jahren ein Handwerksmeister in Brasilia vier- bis fünfmal soviel verdiente wie in Rio oder São Paulo. Und die letzten Reportagen aus der Zeit vor der Einweihung berichten, daß dort ein gutes Mittagessen einen Preis kostete, der 35 DM entspricht.

Bei all dem handelt es sich bis zu einem gewissen Grade um Übergangsschwierigkeiten. Aber, da der Platz für die neue Hauptstadt schon vor zehn Jahren ausgewählt war, und zwar so fest, daß Schulatanten ihn angaben, hätten diese Schwierigkeiten nie das Ausmaß zu erreichen brauchen, das sie tatsächlich erreicht haben. Die hierauf fußende, berechtigte Kritik richtet sich im Grunde nicht gegen die Verlegung an sich, sondern gegen die Fehler, die dabei gemacht worden sind, die mangelhafte Vorbereitung, die unzulängliche Organisation, die durch keinen Pomp der Einweihungsfeierlichkeiten wettgemacht werden.

DER ZEITPUNKT

Andere berechtigte Einwände stoßen sich an dem Zeitpunkt und dem Tempo der Verlegung. Um das Odium eines unterentwickelten Volkes endlich loszuwerden, hat die Regierung Kubitschek die Industrialisierung Brasiliens mit allen Mitteln gefördert. Für dieses Ziel sind Vergünstigungen aller Art gewährt worden, einschließlich Kredite, Zollschutz und Vorgriffe auf künftige Steuereinnahmen. Trotz aller staatlichen Kontroll- und Planungsmaßnahmen sieht das Ergebnis übrigens zum Teil recht kurios aus. Es sei nur daran erinnert, daß heute mehr als ein Dutzend ausländischer Automobilfabriken im Lande arbeiten, die alle die Verpflichtung auf sich nehmen mußten, nach Ablauf einiger weniger Jahre nur noch nationales Material und nationale Teile zu verarbeiten.

Die forcierte Industrialisierung geht mit einer raschen Verstädterung der Bevölkerung Hand in Hand. Um so dringlicher wäre es gewesen, die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung zu heben. Natürlich ist diese Aufgabe bei der Weiträumigkeit des Hinterlandes und der Rückständigkeit seiner zum großen Teil nicht schreibkundigen Bevölkerung ebenso mühselig wie kostspielig und zeitraubend. Der Einsatz und die Fürsorge der Regierung auf diesem Gebiet stehen in einem krassen, schockierenden Mißverhältnis zu dem Aufwand für Brasilia. Es war Geld für die Fassade da, aber nicht für die Fundamente.



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA

Ähnliches gilt für das Verkehrswesen. Gewiß sind nicht wenig Straßen gebaut worden, aber manche davon, wie die fast 2 000 km lange Verbindung Brasilia mit Belém, sind ohne wirtschaftliche Bedeutung. Unverkennbar sind die Bemühungen um die Hebung des Eisenbahnwesens. Aber der Seeverkehr, der sich bei der gegebenen Verteilung der Bevölkerung und der ausgedehnten Küste als natürlicher und billiger

Weg geradezu anbietet, liegt nach wie vor im Argen. Die Hafenanlagen sind veraltet und unzureichend, die Handelsmarine ebenfalls größtenteils veraltet und weithin reformbedürftig. Über die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Reformen kann kein Zweifel bestehen. Auch ihre Vernachlässigung bildet ein trauriges Gegenstück zu dem Paradestück Brasilia und der Prunksymphonie bei seiner Einweihung.

Die Finanzierung des spanischen Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg

Dr. Werner Ballmann, Essen

Offizielle Zahlen über die nach dem zweiten Weltkrieg in Spanien vorgenommenen Investitionen liegen nicht vor. Higinio Paris Equilaz („Inversiones y Desarrollo Económico de España“, Madrid 1956 und „Factores del Desarrollo Económico Español“, Madrid 1957) schätzt sie auf ungefähr 300 Mrd. Ptas bis 1956. Die Investitionsziffern der letzten Jahre müssen allerdings im Zusammenhang mit den inflationistischen Tendenzen gesehen werden.

Die jährlichen Investitionen in Spanien

Jahr	Mill. Ptas	Jahr	Mill. Ptas
1945	9 347	1951	22 933
1946	10 746	1952	26 074
1947	12 330	1953	29 497
1948	15 726	1954	35 347
1949	16 008	1955	46 012
1950	18 448	1956	54 550

Während die Investitionen in der Landwirtschaft Maßnahmen zur Flurbereinigung, zur Erhaltung der Ackerflächen, zur Schaffung von Bewässerungsanlagen, zur Wiederaufforstung, zur Verwendung künstlichen Düngers und zur Mechanisierung der landwirtschaftlichen Betriebe umfassen, werden die industriellen Investitionen vor allem in den Grundstoffindustrien, z. B. in der Lebensmittelindustrie, vorgenommen. Daneben sind die Investitionen im Verkehr (Straßenbau und Eisenbahnwesen) sowie im Wohnungsbau zu erwähnen. Bei der Finanzierung der Investitionsvorhaben traten vor allem zwei Probleme auf: die Aufbringung der Finanzierungsmittel in nationaler Währung und die Aufbringung von Devisen für die erforderlichen Importe.

AUFBRINGUNG DER NATIONALEN MITTEL

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch Wertpapieremissionen, mit Hilfe der Banken, mit Haushaltsmitteln des Staates und durch Selbstfinanzierung der Unternehmen.

Die Finanzierung in nationaler Währung erfolgte zu etwa 50% durch Ausgabe von Wertpapieren auf dem Kapitalmarkt, woran sich der Staat, die Provinzen, die Gemeinden und öffentliche Körperschaften sowie Privatunternehmen beteiligten.

Die Ausgabe öffentlicher Titel überwiegt mit etwa 50%. Der Grund ist in der Tatsache zu suchen, daß der Staat, die Provinzen und sonstige kommunalen

Körperschaften bei der Kapitalarmut des Landes, das im Bürgerkrieg verwüstet wurde, die Finanzierung des Industrieaufbaus weitgehend selbst übernehmen mußten. Daneben beteiligten sich auch die mit Staatshilfe gegründeten Nationalinstitute, wie Instituto de Reconstrucción Nacional, Instituto Nacional de Colonización, Instituto Nacional de Vivienda, Instituto Nacional de Industria (INI), an der Finanzierung des Wirtschaftsaufbaus.

Umfang der Wertpapieremissionen (in Mill. Ptas)

Jahr	Staatspapiere	Obligationen	Aktien	Insgesamt
1945	6 660	800	956	8 416
1946	5 477	1 186	3 836	10 499
1947	5 807	747	2 245	8 799
1948	3 123	2 363	1 953	7 439
1949	3 161	2 086	1 395	6 642
1950	8 180	1 957	1 651	11 788
1951	4 835	2 095	5 228	12 218
1952	9 351	1 850	2 227	13 428
1953	8 356	4 006	2 979	15 341
1954	8 374	5 666	4 254	18 294
1955	14 044	5 598	5 945	25 587
1956	15 825	6 691	7 298	29 814
1957	9 275	5 079	14 633	28 988
1958	4 625	6 291	13 132	24 048

Quelle: „Estudio Económico 1958 des Banco Central“, Madrid.

Vor allem das INI spielte als Holdinggesellschaft im Rahmen der Industrialisierung Spaniens eine übertragende Rolle. Es wurde durch Dekret vom 25. 9. 1941 mit der Aufgabe gegründet, die für die Landesverteidigung und für die wirtschaftliche Unabhängigkeit notwendigen Industrien zu finanzieren und zu fördern, womit natürlich eine Kontrolle verbunden war, die je nach Höhe der Aktienanteile mehr oder weniger groß war.

Ausgabe öffentlicher Titel durch die Nationalinstitute (in Mill. Ptas)

Nationalinstitut	1955	1956	1957	1958
Instituto de Reconstrucción Nac.	1 650	1 650	2 100	2 100
Instituto Nac. de Colonización	849	951	325	—
Instituto Nac. de Vivienda	2 850	4 500	—	425
Instituto Nac. de Industria	4 000	4 500	—	—

Zur Ausgabe von Obligationen wurde die spanische Staatsbahn (RENFE) durch Gesetze ermächtigt, um zusätzliche Mittel für den Wiederaufbau des im Bürgerkrieg fast völlig zerstörten Eisenbahnnetzes zu beschaffen. Insgesamt wurden von 1946 bis 1956 für 11 250 Mill. Ptas Obligationen emittiert.

Die Emission von Aktien betrug von 1945 bis 1958 rd. 67 Mill. Ptas und erstreckte sich auf folgende Wirtschaftsgruppen:

Unternehmen zur Herstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (einschließlich Zucker und Alkohol)	2 151 Mill. Ptas
Banken	3 736 " "
Hotels, Kinos, Schauspielhäuser	220 " "
Investitionsgesellschaften	297 " "
Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft	19 285 " "
Bodenkreditgesellschaften und Bauhilfsbetriebe	5 370 " "
Bergwerke	1 099 " "
Monopolgesellschaften	8 655 " "
Werften	1 492 " "
Chemie-Unternehmen	5 444 " "
Versicherungen	210 " "
Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie	10 564 " "
Unternehmen der Textilindustrie	1 780 " "
Unternehmen der Verkehrswirtschaft	711 " "
Sonstige Unternehmen	5 622 " "

Das spanische Banksystem schaltete sich ebenfalls in die Finanzierung des Wirtschaftsaufbaus ein. Die Bank von Spanien finanzierte die öffentliche Wirtschaft durch Anleihen, Kredite und Rediskontierungen. Die Beträge schwankten stark, sie betragen 1954 etwa 6 087 Mill. Ptas, 1955 rd. 3 Mill. Ptas, 1956 nur 256 und 1957 wieder 4 310 Mill. Ptas. Neben der Bank von Spanien und den öffentlichen Banken, vor allem dem Banco de Crédito Industrial, schaltete sich auch das Privatbanksystem ein.

Finanzierungsmittel der Privatbanken

Jahr	Diskontierungen	Kredite	Ankauf von		Insgesamt	Jeweilige Steigerung in %
			Privatpapieren	Staatspapieren		
in Mill. Ptas						
1954	5 300	3 151	1 368	3 522	13 341	12,9
1955	6 798	6 739	1 156	7 595	22 289	19,1
1956	13 130	8 900	1 515	12 171	35 716	25,8
1957	12 664	4 281	2 605	3 966	23 515	13,5

Von 1957 an stellten die Privatbanken infolge der Kreditrestriktionen der Regierung zur Eindämmung der Inflation (u. a. Erhöhung des Diskontsatzes von 4,15 % auf 5,0 % vom 20. 7. 1957 an, Begrenzung der Rediskontmöglichkeiten bei verschiedenen Banken und mündliche Anweisung an die Privatbanken, die Ausdehnung der Kredite einzuschränken) und infolge der abnehmenden Zuwachsraten der Depositeneinlagen, die mit der ungenügenden Anpassung der Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten zusammenhängen, der Wirtschaft erheblich weniger Finanzierungsmittel in Form von Bankkrediten und Wertpapierankäufen zur Verfügung. So erhöhten sich z. B. die Spareinlagen mit längeren Kündigungsfristen als 1 Monat 1957 nur um 57,3 Mill. Ptas, während es 1955 noch 4 Mrd. Ptas waren. Die sinkende Tendenz der Depositeneinlagen war mit einer Verkürzung der Anlagefrist verbunden, was sich natürlich auf den Umfang der für langfristige Investitionen zur Verfügung stehenden Geldmittel auswirken mußte.

Die Finanzierung des spanischen Wirtschaftsaufbaus und der Industrialisierung des Landes wurde auch durch die Banken im Wege der Geldschöpfung unterstützt.

Geldschöpfung der Banken

(Jährliche Zunahmen in Mill. Ptas)

Jahr	Ausgabe von Geldnoten	Kontokorrentkredite			Kassenkonto und Salden der Privatbanken bei der Bank von Spanien
		der Bank von Spanien		der Privatbanken	
		an Private	an den Fiskus		
1954	4 196	— 564	829	7 124	— 1 375
1955	4 091	3 096	79	10 403	— 284
1956	8 776	6 493	— 1 169	15 814	— 2 028
1957	10 823	— 772	— 161	12 856	— 3 271
1958 ¹⁾	2 982	2 592	3 168	10 135	2 734

¹⁾ Geschätzt auf Grund der Zahlen für die ersten 9 Monate 1958.

Wie die Übersicht zeigt, mußte die Notenbank mit Emissionen von Banknoten einspringen, da vor allem das Industrialisierungsprogramm an den Staat immer höhere Geldansprüche stellte und die Mittel aus dem ordentlichen Haushalt nicht ausreichten, die Lücken der Defizitwirtschaft zu decken. Die hohe Banknotenausgabe 1957 steht mit den Lohnerhöhungen im Zusammenhang.

Infolge der großen Kapitalarmut des Landes nach dem Bürgerkrieg — die Nationalbank büßte allein 500 t Gold ein — und infolge des Ausbleibens der Auslandshilfe auf Grund des politischen und wirtschaftlichen Boykotts, den die UNO nach dem zweiten Weltkrieg gegen Spanien verhängte, war die Regierung gezwungen, den Wirtschaftsaufbau — vor allem der Grundstoffindustrie und der Energiewirtschaft — zum großen Teil selbst aus Mitteln des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts zu finanzieren. 1956 waren es allein 5 Mrd. Ptas. Die Staatsgelder wurden durch die oben genannten Emissionen von öffentlichen Titeln und Anleihen der Bank von Spanien sowie durch Steuern, Importabgaben usw. aufgebracht.

Die große Masse der kleinen Firmen, die ihre Investitionen weder über den Kapitalmarkt finanzieren konnte noch bei den Banken ausreichende Kredite zu erhalten vermochte, war gezwungen, zur Selbstfinanzierung zu greifen. Der Staat begünstigte mit dem Dekret vom 24. 10. 1939 die Selbstfinanzierung u. a. durch folgende Vergünstigungen, die Betriebe erhielten, die sich einer gewissen Staatskontrolle unterwarfen:

1. Senkung der Steuern und Stempelabgaben um 50 %;
2. Garantie eines Jahresertrages von mindestens 4 % des investierten Kapitals, soweit es nicht 1 Mrd. Ptas überstieg;
3. Senkung der Importabgaben auf für die Investitionen notwendigen Maschinen und Ausrüstungen, soweit diese in Spanien nicht hergestellt wurden.

Darüber hinaus begünstigten die durch Einfuhrkontingente, Zölle und Importabgaben (fondo de retorno) künstlich hochgehaltenen Preise die Selbstfinanzierung in großem Maße. Heute empfiehlt der Staat selbst den Großunternehmen, ihren Finanzbedarf für Investitionen u. a. durch Selbstfinanzierung zu decken.

AUFBRINGUNG VON DEVISEN

Ein besonderes Problem für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Spaniens — vor allem für die Industrialisierung — war die Finanzierung der unumgänglichen Einfuhren an Spezialmaschinen, Sonderausrüstungen und im Lande nicht vorhandenen Rohstoffen. Das Problem wurde auf verschiedene Weise gelöst.

Spanien finanzierte seine Einfuhren an industriellen Ausrüstungen und Rohstoffen zum großen Teil mit Erlösen, die durch den Export von Lebensmitteln, Getränken und Tabak erzielt wurden.

Die Außenhandelssalden
(in Mill. Ptas.)

Warengruppe	1953	1954	1955	1956	1957	1. Hj. 1958
Konsumgüter, vor allem Lebensmittel	+ 46	+ 40	+ 50	+ 45	+ 46	+ 60
Rohstoffe, Chemikalien, Brennstoffe	- 21	- 14	- 21	- 17	- 21	- 36
Maschinen, Apparate, Metallzeugnisse	- 25	- 26	- 29	- 28	- 25	- 24

Da die Agrarausfuhren aber nicht in beliebigem Maße gesteigert werden können, kann die noch immer vorhandene Devisenlücke in der Einfuhrfinanzierung, die in den Jahren 1952 bis 1958 zwischen 300 und 1 200 Mill. Ptas schwankte, nur durch industrielle Exporte geschlossen werden, wozu sich u. a. besonders Erzeugnisse der Chemie-, der Textil- und der Nahrungsmittelindustrie eignen. Hinzu kommen Industriezweige, in denen der Arbeitsanteil an den Produkten im Verhältnis zum Kapitaleinsatz relativ hoch ist.

Deshalb wurden diese Industriezweige durch den Staat bei ihren Einfuhren von Sonderausrüstungen und Spezialmaschinen dadurch unterstützt, daß ihnen ein Teil der aus ihren Exporten eingegangenen Devisen überlassen wurde, um ihnen so die Möglichkeit zu geben, ihre Produktionsanlagen zu erneuern und zu erweitern. Es konnten damit aber nur Importe aus dem jeweiligen Abnehmerland der spanischen Waren und nur unter Verwendung der dabei erlösten Währung finanziert werden. So konnte z. B. die Textilindustrie 20—50 % der eingegangenen Devisen aus Exporten von Baumwoll- und Zellstofftextilien für ihre notwendigen Einfuhren einbehalten. Mit den nicht ausgenutzten Devisenbeträgen wurden die übrigen Importbedürfnisse des Industriezweiges befriedigt.

Vereinzelt konnten Unternehmen — natürlich mit staatlicher Genehmigung — ihre Importe an Maschinen, Ausrüstungen usw. mit Ausfuhren ihrer eigenen Erzeugnisse finanzieren. Beispielsweise gelang es der ENSIDESA 1958, einen Teil ihrer aus den USA eingeführten Produktionsanlagen mit Roheisenlieferungen dorthin zu bezahlen. Auch sollen die notwendigen Maschinenimporte der Firestone Hispania zur Erweiterung des Werkes in Basauri (Vizcaya) mit Devisenerlösen aus Reifenexporten finanziert werden. Dies dürften aber Einzelfälle sein, da die Konkurrenzfähigkeit der spanischen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt besonders auf preislichem Gebiet in der Vergangenheit nicht immer gegeben war.

Zur Finanzierung der Einfuhren trugen aber auch die Devisenerlöse aus dem internationalen Dienstleistungsverkehr bei, wie z. B. Frachtgelder, Hafengebühren, Erlöse aus Werftreparaturen sowie aus dem Fremdenverkehr. Letzterer brachte allein 1955 insgesamt 134,9 Mill. \$, worin einige Schenkungen enthalten waren, 1956 91,3 Mill. und 1957 etwa 73,4 Mill. \$.

Die Finanzierungssituation für die Einfuhren änderte sich grundlegend, als nach Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Isolierung die USA ab 1951 Spa-

Unfall -
Haftpflicht -
Kraftverkehrs -
Feuer -
Betriebsunterbrechungs -
Einbruchdiebstahl -
Beraubungs -
Glas -
Leitungswasser -
Sturm -
Versicherungen

**DEUTSCHE SACHVERSICHERUNG
EIGENHILFE**

AKTIENGESELLSCHAFT

HAMBURG 1 · STEINSTR. 27 · RUF: 321013

nien langfristige Anleihen gewährten. Der erste Kredit in Höhe von 62,5 Mill. US-\$, der über die Export-Import-Bank in Washington abgewickelt wurde, diente zur Finanzierung von Einfuhren aus den USA, und zwar zu 29 % für Konsumgüter, 27 % für die Verbesserung des Eisenbahnnetzes und der Kraftwerke, 20 % für die Landwirtschaft, 13 % für Modernisierungsinvestitionen der spanischen Gruben und 11 % für sonstige Investitionen in der Industrie. Mit einem weiteren Kredit der Export-Import-Bank wurden Baumwollimporte in Höhe von 24,0 Mill. US-\$ finanziert. Der kurzfristige Kredit ist inzwischen zurückgezahlt worden.

Aus dem am 26. 9. 1953 abgeschlossenen spanisch-amerikanischen Hilfsabkommen, durch das Spanien bis 1958/59 rd. 839,7 Mill. US-\$ bewilligt wurden, erhielt das Land an Einfuhren:

Lebensmittel		40,6 Mill. US-\$
Rohstoffe		
Baumwolle		97,9 " "
Sonstige Industrierohstoffe		
Brennstoffe	27,4	
Schrott	20,2	
NE-Metalle	33,0	
Übrige	12,7	93,3 " "
Maschinen, Ausrüstungen und Halbzug für		
Bergbau	2,7	
Landwirtschaft	28,0	
Verkehrswesen	37,0	
Energiewirtschaft	33,0	
Industrie	18,9	119,6 " "
Technisches „Know-Höw“		2,9 " "
Insgesamt		354,3 Mill. US-\$

Die Zusammensetzung der Einfuhren aus der USA-Hilfe verschob sich im Laufe der Jahre. Während die Importe von Maschinen, Ausrüstungen und Halberzeugnissen abnahmen, erhöhten sich die Einfuhren an Industrierohstoffen. 1957 wurde auch Kritik an der Zusammenstellung der USA-Lieferungen laut, da diese kaum Produktivgüter zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur enthielten, sondern vorwiegend Überschusserzeugnisse der USA. Dennoch ist die amerikanische Hilfe für die Finanzierung des spanischen Wirtschaftsaufbaus sehr bedeutsam gewesen; denn durch die Lieferung von Mangelserzeugnissen wurden Devisen gespart, die damit zur Finanzierung anderer Einfuhren bereitstanden. Außerdem standen der spanischen Regierung fast 50% des Gegenwertfonds in Pesetas für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung.

Bis 1950 wurden praktisch keine Importe mit Auslandsanleihen finanziert. Nur für Getreide-Einfuhren aus Argentinien erhielt Spanien etwa 200 Mill. \$ Kredit aus dem Franco-Perón-Protokoll. Die Restamortisation (rd. 40 Mill. US-\$) wird von Spanien jetzt mit Schifflieferungen vorgenommen.

Erst nach der Kreditbereitschaft der USA schenkten auch die europäischen Industrieländer dem Wirtschaftsaufbau Spaniens steigende Aufmerksamkeit. So konnten Importe von Investitionsgütern aus Frankreich in Form von Lokomotiven, Werkzeugmaschinen sowie Industrieausrüstungen für Bergwerke, Erdölraffinerien, Zement- und Papierfabriken mit einer 1953 an Spanien gegebenen Anleihe in Höhe von 15 Mrd. ffrs durchgeführt werden.

Ebenfalls wurden Importe mit den in bilateralen Handels- und Zahlungsabkommen festgelegten Kreditmargen (Swings) finanziert. Spanien konnte z. B. seine Importe aus Deutschland teilweise zu Lasten der 1953 auf 84 Mill. DM erhöhten Kreditmarge finanzieren, wovon allerdings 21 Mill. DM nur auf die Dauer von 6 Monaten befristet waren. Dies geschah auch weitgehend. Im Mai 1955 erhielt Spanien bei Umstellung des Zahlungsverkehrs von Verrechnungskonten auf beschränkt konvertierbare DM-Konten einen Kredit von 90 Mill. DM zur Finanzierung seiner Importe aus der Bundesrepublik, der in 5 Jahresraten rückzahlbar war. Anfang 1957 betragen die Kreditwünsche Spaniens an Deutschland etwa 182 Mill. DM. Zu Lasten dieser Anleihe sollten Importe für folgende Wirtschaftszweige durchgeführt werden:

Hüttenindustrie	66 Mill. DM
Kunstdüngerzeugung	52 " "
Metallverarbeitende Industrie	17 " "
Bergbau	13 " "
Chemische Industrie	10 " "
Konservenindustrie	6 " "
Textilindustrie	5 " "
Lederindustrie	3 " "
Übrige Industriezweige	10 " "
Insgesamt	182 Mill. DM

Die Finanzierung von Einfuhren mit ausländischen Privatkrediten ist sehr gering gewesen. In den ersten Nachkriegsjahren dürften auf Grund des erwähnten Boykotts kaum ausländische Privatkredite an spa-

nische Importeure gegeben worden sein. Erst 1950 konnte Spanien mit Hilfe des 26 Mill. US-\$-Kredits der Chase National Bank und der National City Bank of New York Einfuhren finanzieren. Aber auch in den folgenden Jahren dürften auf Grund der spanischen Wirtschaftsverhältnisse nur wenig Privatkredite an Importeure gegeben worden sein. Erst in letzter Zeit kreditierten ausländische Lieferanten im Rahmen von Bankkrediten oder bei Sicherung der Zahlungen durch Kompensationslieferungen ihre Exporte nach Spanien. Beispielsweise wurden 6 Turbinengeneratoren für die Iberduero SA zu Lasten des Kredits der International Electric Company beschafft, die sich mit 10% am Kredit der Export-Import-Bank von 8,9 Mill. US-\$ beteiligte. Auch wurden und werden Investitionsgüter für Bergwerke, für die eisenschaffende Industrie sowie für Zementwerke aus Deutschland zu Lasten des von der Kirckfeld KG gegebenen Kredits von etwa 45 Mill. DM eingeführt, der durch spanische Erzlieferungen gesichert ist.

Die Einfuhr von Spezialausrüstungen und hochwertigen Maschinen sowie die Ausnutzung des technischen „Know-Hows“ und der Organisation solventer Auslandsfirmen sicherten sich eine Reihe von spanischen Unternehmen, vor allem in der Elektro-, der chemisch-pharmazeutischen, der optischen und der Automobilindustrie. Die weiche spanische Währung, das niedrige Lohnniveau und die Geschicklichkeit der spanischen Arbeiter boten Vorteile, die die Gemeinschaftsproduktion zwischen ausländischen und einheimischen Firmen attraktiv machte. So wurden die Einfuhren von Spezialmaschinen zur Modernisierung und Erweiterung der Anlagen der Sociedad Constructora Nacional del Maquinaria Electrica in Cordoba mit Hilfe des eingebrachten Kapitals der amerikanischen Westinghouse Company finanziert. Ebenso sollen die Importe für die in der Freihafenzzone von Vigo errichtete spanische Firma Aluminio de Vigo SA mit Hilfe der kanadischen Firma Aluminium Limited durchgeführt werden, die sich an der genannten Aktiengesellschaft beteiligte.

Ein starkes Hindernis für ausländische Beteiligungen waren die von staatlicher Seite festgesetzte Beteiligungshöchstgrenze von 25% für Ausländer sowie das Transferverbot für Gewinne und Amortisationsquoten. Die Bestimmungen waren im Industrieschutzgesetz von 1939 gesetzlich verankert. Erst in letzter Zeit wurde in Fällen, in denen man dringend ausländisches Kapital benötigte, die ausländische Beteiligung in unbegrenzter Höhe zugelassen. Die Beteiligung in Form von Devisen oder Produktionsanlagen in unbeschränkter Höhe ist aber auf Erdöl und Kohlenwasserstoffe beschränkt. Außerdem ist nach dem Erdölgesetz von 1958 ein Gewinntransfer von 20% in den ersten 10 Jahren und später Überweisung der normalen Abschreibungen, Gewinne und Lizenzgebühren möglich. Aber es kommen jetzt auch andere Ausnahmen vom Industrieschutzgesetz vor. Zum Beispiel wurde die Einfuhr von Maschinen und Devisen der schweizerischen Chemie-Firma CIBA gegen eine 45%ige Beteiligung an der Sociedad Intermedios y Colorantes (INCOSA) vom spanischen Ministerrat genehmigt.

DAS WIRTSCHAFTLICHE GLEICHGEWICHT

Trotz aller Anstrengungen und Teilerfolge Spaniens in der Industrialisierung nach dem zweiten Weltkrieg gelang es nicht, das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen, das durch die einseitige Industrialisierung auf dem Konsumgütersektor infolge der starken Nachfrage nach Verbrauchsgütern, durch Vernachlässigung des Ausbaus der Grundstoffindustrien sowie durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung gestört war. Die dirigistische Wirtschaftspolitik kontrollierte mit einem großen Beamtenapparat den Handelsverkehr im Inland. Es gab keine freie Bedarfsdeckung. Der Privatinitiative blieb nicht genügend Spielraum, um sich voll entfalten zu können. Aus diesem Grunde mußte der Staat immer wieder eingreifen, um die auftretenden Engpässe — besonders in der Grundstoffindustrie — durch Übernahme der Finanzierung zu beseitigen. Es wurden in der Zeit von 1946 bis 1954 insgesamt 130 Mrd. Ptas als Finanzierungsmittel für die Investitionen der öffentlichen Hand eingesetzt. Aus diesem Grunde waren die Investitionen in der öffentlichen Wirtschaft bei weitem größer als die in der Privatwirtschaft. Das Verhältnis zwischen den Investitionen in der öffentlichen und privaten Wirtschaft Spaniens betrug in den genannten Jahren ungefähr 70 : 30.

Darüber hinaus führte der Aufbau zahlreicher Industriewerke, die nur auf Grund des Autarkiestrebens ohne Rücksicht auf die Produktionskosten gegründet und errichtet werden durften, zu Fehlinvestitionen, die sich bei der Kapitalarmut des Landes doppelt stark auf das wirtschaftliche Gleichgewicht auswirkten. Außerdem konnten sich viele Betriebe, die in normalen Zeiten dem Wettbewerb nicht gewachsen und deshalb aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden wären, bei den künstlich geschaffenen Bedingungen des bis 1953 herrschenden Autarkieklimas und des späteren inflationistischen Klimas zum Schaden des wirtschaftlichen Gleichgewichts halten. Nach außen schreckte der Wirtschaftsnationalismus mit seiner Überfremdungsangst ausländisches Privatkapital ab, das für den spanischen Wirtschaftsaufbau und für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts dringend notwendig war. Bei den ausländerfeindlichen

Bestimmungen des Industrieschutzgesetzes konnte ausländisches Privatkapital für den Wirtschaftsaufbau Spaniens nicht interessiert werden.

Außerdem führte der chronische Devisenmangel zu Devisenzuteilungen, zu Einfuhrrestriktionen und zu Importkontingentierungen, die teilweise, z. B. auf dem Energiesektor, die geplanten Investitionsvorhaben undurchführbar machten und eine volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten nicht zuließen. Zudem verzögerten die bürokratischen Importgenehmigungsverfahren die für die Investitionen erforderlichen Einfuhren. Die Einfuhrabgaben verteuerten die eingeführten Maschinen teilweise recht erheblich. Hinzu kommt noch der irreal hohe Pesetenkurs der letzten Jahre, der erschwerend auf die Ausfuhr wirkte.

Der mit den Jahren immer fühlbarer werdende Mangel an Kapital und die zunehmend schlechter werdende Zahlungsbilanz führten schließlich zu der Erkenntnis, daß der Wirtschaftsaufbau Spaniens nicht mit eigenen Kräften — vor allem finanziellen — erfolgreich zu Ende gebracht und das wirtschaftliche Gleichgewicht nur mit ausländischer Hilfe wieder hergestellt werden kann. Aus diesem Grunde erfolgte am 15. 9. 1958 der Beitritt Spaniens zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank. Der endgültige Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik wurde aber erst Mitte 1959 durch Verkündung des Stabilisierungsprogramms im Zusammenhang mit der Aufnahme Spaniens als ordentliches Mitglied in die OEEC vollzogen.

Die Abwertung der Peseta auf 60 Ptas für 1 US-\$, die geplante Liberalisierung der Einfuhren, die Lockerung der Bestimmungen des Industrieschutzgesetzes werden Spanien die internationalen Finanzquellen öffnen. Bisher wurden Spanien als erste Hilfe für die Stabilisierung seiner Wirtschaft rd. 410 Mill. US-\$ zugesagt, von denen folgende Kredite genannt werden sollen:

Kredit des IWF	75 Mill. US-\$
Kredit der OEEC	100 " "
Kredite der US-Regierung, Export-Import-Bank ICA, Entwicklungsfonds	130 " "
Kredite europäischer Länder zur Konsolidierung der bilateralen Handelsschulden	45 " "

Aber auch das ausländische Privatkapital dürfte in Zukunft wieder daran interessiert sein, die spanische Industrialisierung mit finanzieren zu helfen.



Foreign Exchange Bank

* GERMAN OFFICES * Hamburg 36, Jungfernstieg 51 · Düsseldorf, Kreuzstr. 34
 * OVERSEAS OFFICES * New York, San Francisco, Rio de Janeiro, São Paulo, Buenos Aires, London, Alexandria, Calcutta, Bombay, Karachi, Vientiane, Singapore, Hong Kong, Kuala Lumpur and 14 Representative Offices in Other Countries

* AFFILIATE *
 THE BANK OF TOKYO OF CALIFORNIA
 San Francisco, Los Angeles, Gardena

* SUBSIDIARY *
 THE BANK OF TOKYO TRUST COMPANY
 New York

ASSOCIATE BANK
 THE INTERNATIONAL BANK OF IRAN AND JAPAN, Teheran

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: NIHOMBASHI, TOKYO, JAPAN